

Widerstand gegen das Sommerbiwak 2010

Über 500 Antimilitarist_innen haben sich an den Protesten gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision Hannover beteiligt. Die Zahl der Biwakbesucher und Besucherinnen sank dagegen erneut auf nun noch 5500.

Die Demos und Kundgebungen rund um den Stadtpark waren die meiste

Zeit sehr laut und wurden durch kleinere Aktionen wie blutige Händeatrappen auf Gäste und Farbeier auf eine Guttenberg-Puppe werfen, begleitet.

Der Eingang des Biwaks wurde ca. 30 Minuten durch einen Die-In von 30 Leuten blockiert.

Auch innerhalb des Stadtparks

kam es erneut zu Protesten. Im Vorfeld und am Abend gab es einige militante Aktionen.

Die Hauptkundgebung gegen das Gartenfest der 1. Panzerdivision Hannover startete um 17.30 Uhr vor dem Congress Centrum. Mit einigen Redebeiträgen und lauter Musik wurde versucht bis zum Eingangsbereich durchzudringen. Nach einer halben Stunde brach ein Großteil der Demonstrant_innen mit einem zweiten Lautsprecherwagen zu einem Krachrave auf. Mit ätzendem Techno, Gepöbel und Pfiffen wurde direkt entlang des Stadtparks auf der Clausewitzstr. hin und zurück demonstriert. Nach ca. 15 Minuten musste allerdings wegen beschissener Auflagen zum Schutz der Polizisten- und Polizistinnenohren 5 Minuten die Musik unterbrochen werden. Dies wurde genutzt um einen Redebeitrag, der sich an die Biwakgäste richtete zu halten.

Im Anschluss zog ein weiterer Demozug in das angrenzende Zooviertel zum „Hindenburghaus“.

Damit sollte die ungebrochene Tradition des deutschen Militarismus und die immer noch bestehende Ehrenbürgerschaft Hindenburgs in Hannover kritisiert werden.

Während die beiden Demozüge unterwegs waren, wurde die Hauptkundgebung fortgesetzt. Diese wurde zum Gäste bepöbeln und mit blutigen Händeatrappen bewerfen genutzt und endete mit einer kleinen Farbeierwurfshow auf eine Guttenberg-Soldaten-Puppe.

Den Abschluss der Proteste bildete eine erneute Demo entlang des Stadtparks bis zum Stabsitz der 1. Panzer

division. Dabei waren, wie schon beim Rave, jegliche Krachmittel verboten. Außerdem musste der Lautsprecherwagen ab 19.30 Uhr, etwa auf der Hälfte der Strecke, bis zum Stabsitz ausgeschaltet werden. Trotzdem gelang es noch einmal lautstark unsere Wut und unseren Protest zum Ausdruck zu bringen.

Kurz vor dem Erreichen der Endkundgebung griff die

Polizei zwei Personen wegen angeblicher Vermummung aus der Demo raus, ließ sie aber nach einigen Minuten wieder gehen.

Die wohl erfolgreichste Aktion des Tages war die 30 minütige Blockade des Eingangs des Stadtparks durch einen Die-In von 30 Leuten. Den Sommerbiwakgästen wurde ein blutiger Empfang bereitet.



Auch innerhalb des Festgeländes kam es erneut zu Protesten. Mindestens eine Rauchbombe wurde vor die Rednerbühne geworfen konnte aber leider schnell gelöscht werden. Eine Antimilitaristin, der dieser Wurf vorgeworfen wird, wurde mit bisher unbekanntem Straftatvorwurf festgenommen aber nach ca. 30 min. mit einem Platzverweis laufen gelassen. Außerdem kletterten 6 Linkspartei-abgeordnete auf die Bühne, zeigten No-War-T-Shirts, riefen Parolen und verteilten Flugblätter. Diese wurden mit dem Vorwurf des Hausfriedensbruchs festgenommen und ebenfalls kurz darauf wieder frei gelassen.

Insgesamt waren die diesjährigen Proteste aus unserer Sicht durchwachsen. Wir sehen also sowohl einige positive Entwicklungen als auch einige offenkundige Schwächen. Zunächst einmal positiv hervor zu heben ist, dass wir die Teilnehmer_innenanzahl der Demo auf über 500 steigern konnten. Das Sommerbiwak ist nach fünf Jahren des Widerstands zu einem der größten, regelmäßig stattfindenden antimilitaristischen Protesten geworden. In Anbetracht der Möglichkeiten des Widerstands, die sich in Hannover beim Biwak bieten und der immer weiter voranschreitenden Militarisierung sind es aber immer noch viel zu wenig. Weiterhin war der erstmalige Versuch zu Beginn des Biwaks nicht nur hinter Gittern, bewacht zu pöbeln sondern mit dem Rave und der Hindenburgdemo da raus zu kommen richtig. Insbesondere der Krachrave war eine gute Idee.

Wir müssen auch in Zukunft weiter daran überlegen wie wir noch näher an das Biwak ran kommen, denn im Gegensatz zu den ersten Jahren kommen nur noch vereinzelt Gäste direkt an der Kundgebung vorbei. Als direkte Störung und Eingriff in den Ablauf des Festes hat die Die-In-Blockade dieses Jahr am besten funktioniert. Insgesamt scheint das linksradikale Konzept, eine Mischung aus Ächtung, Störung und Aufbau eines Bedrohungsszenarios insofern aufzugehen, dass die Anzahl der Gäste erneut um 500 abnahm (nun 5500).

Die miesen Auflagen bezüglich Lärm und das Verbot eines Schwarzen Blocks zeigen auch, dass wir stören. Allerdings denken wir, dass vor allem der Umgang mit der Schwarzenblockauflage noch einmal gründlich diskutiert werden muss. So gab es zwar viele Leute in schwarz aber keinen Block. Es ist zwar richtig die Priorität auf die Störung des Biwaks und nicht auf die Durchsetzung eines Blocks zu legen. Aber da uns diese bekloppte Auflage vermutlich jetzt immer, auch bei anderen Anlässen, erteilt wird, muss dringend ein Umgang damit diskutiert werden. Zumal wir gerade nicht einschätzen können woran es lag, dass die Bullen keinen Stress wegen der vielen schwarz Gekleideten gemacht haben.

Erfreulich ist, dass es vor allem im Vorfeld einige militante Aktionen gab.

- Der Rosenpavillon, VIP-Bereich im Stadtpark, wurde abgefackelt.
- Bei zwei Commerzbanken wurden Scheiben eingeworfen und mit Farbe geworfen.
- Ein Bullenauto wurde angefackelt.
- Ein SPD Büro wurde entglast.
- Zwei Bullenwachen mit Farbe versaut. (Dazu dokumentieren wir Erklärungen in dieser Ausgabe)

Bis auf die eine Bullenwache und einer Spontandemo von ca. 30 Leuten in Linden lief am Abend des Biwaks allerdings soweit wir wissen nichts.

Das lag bestimmt zum einen daran, dass hunderte Bullen und ein Hubschrauber unterwegs waren, zum anderen aber auch an unserer Schwäche Anschluss fähige Störaktionen zu organisieren. Dass Abends nichts Größeres läuft ist jedenfalls auch nicht besser als die Erfahrung der letzten beiden Jahre, angemeldete Demo/Kundgebung im Bullenkesel.

Naja so oder so - der antimilitaristische Widerstand in Hannover wird weitergehen und wir werden unser Bestes geben die guten Ansätze auszubauen. Wir werden uns nach etwas gründlicherer Diskussion nochmal mit einer ausführlicheren Analyse des bisherigen Widerstands und der Perspektive für das nächste Jahr melden. Bis dahin haben wir ja auch abseits solcher Events genug damit zu tun die alltägliche Militarisierung der Gesellschaft zu bekämpfen.

Autonome Antimilitarist_innen



Dokumentation 1: Angriffe auf Commerzbank

14. Juli 2010

„Wir haben 2 Commerzbankfilialen in Hannover mit Farbe und Steinen angegriffen. Während die Sozialausgaben immer weiter zusammengestrichen werden, kassierte sie über 18 Mrd. Bankenrettungsgelder.

Denn Kapitalismus ist ohne Krise nicht zu haben. Das weiß auch die Commerzbank. Deshalb arbeitet sie fleißig mit an der Absicherung dieser Wirtschaftsweise durch das Militär.

Die ist z.B. an dem Aufbau zivilmilitärischer Verbindungskommandos beteiligt, die Aufstände bekämpfen sollen.

Kapitalismus ist auch ohne Krieg nicht zu haben.

Deshalb steht sie ideell voll und ganz hinter dem Militär.

Während die Bundeswehr in Afghanistan Menschen tötet feiert sie mit der 1. Panzerdivision das Sommerbiwak.

Commerzbank und Bundeswehr angreifen! Alle die am 7. August mit der Bundeswehr das Biwak feiern machen sich zum Ziel antimilitaristischer Aktivität!“

Dokumentation 2: Angriff auf Polizeiwache und SPD Büro

5. August 2010

„Wir haben bei der Polizeiwache in der Höfestr. und einem SPD Büro in Hannover Linden die Scheiben eingeworfen und beides mit Teerfarbe verziert. Polizisten fordern leise Demos haben wir in der Zeitung gelesen. Wenn die Polizei mit Demonstrationsauflagen den Widerstand gegen Krieg, Bundeswehr und das Sommerbiwak mundtot machen will, werden wir uns militant Gehör verschaffen. Die Polizei hates aber auch wegen ihrer offiziellen Unterstützung fürs Biwak erwischt. Die SPD hat es getroffen weil sie als Regierungspartei in Hannover die Patenschaft mit der 1. Panzerdivision pflegt. Und als Regierungspartei im Bund die Kriege gegen Serbien und Afghanistan angefangen hat.

Wir kämpfen für eine Welt ohne Parteien, Polizei und Krieg. Deshalb werden wir am 7. August das Sommerbiwak angreifen und im November die Innenministerkonferenz in Hamburg versenken!

Polizei und Militär den Kampf ansagen!“ 3

Dokumentation 3: Aktion gegen Oberstleutnant der 1. Panzerdivision in Hamburg

Aktion gegen Torsten Sevecke,

Eimsbütteler Bezirksamtsleiter und Oberstleutnant der Reserve

im Stab der 1. Panzerdivision Hannover

"Ab Oberstleutnant: Schienbein treten, Ohrfeige, Hauswand besprühen, Auto abfackeln, öffentliche Empfänge versauen."
(zitiert aus dem Flugblatt "Feinderkennung", ein eindeutiger Aufruf Soldatinnen und Soldaten nicht in Ruhe zu lassen, sie anzupöbeln, zu denunzieren, anzugreifen; Abschnitt Aktionsvorschläge zu Offizieren)

Wir haben am 5.8.2010 die Haustür in der Roonstrasse 32 in Hamburg eingeworfen und Farbe an der Wand hinterlassen. Wir solidarisieren uns mit dem antimilitaristischen Widerstand in Hannover gegen das jährlich im Stadtpark stattfindende Sommerbiwak der 1. Panzerdivision, herzliche Grüße an die Genoss_innen. Zusätzlich wollen wir die Tatsache denunzieren, dass ein hoher Offizier der Bundeswehr einen Hamburger Bezirk als Bürgermeister leitet. Auto abbrennen geht in der dicht geparkten Roonstrasse nicht, also erstmal nur Steine und Farbe gegens Haus.

Die 1. Panzerdivision umfasst 20.000 Soldat_innen. Sie beteiligt sich an den schnellen Eingreiftruppen der NATO und den EU battlegroups, ist eine der wichtigen Kampfformationen deutscher Auslandseinsätze. Momentan ist sie auf dem Balkan und in Afghanistan (ab 2011 als Leitdivision) unterwegs. Gemeinsam mit der Commerzbank hat sie die vergangenen Jahre den Celler Dialog ausgerichtet und den Celler Appell initiiert, welcher Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen propagiert. Die Förderung von Reservisten in Industrie und Wirtschaft ist ihr ein besonderes Anliegen. Schon mehrere Jahre gehen Antimilitarist_innen gegen das Sommerfest der Panzermörder, für die die Stadt Hannover eine Patenschaft übernommen hat, vor. Am kommenden Samstag wird die Stadt einen bunten Strauss antimilitaristischen Aktivismus erleben. Ein Veranstaltungspavillon im Stadtpark ist bereits im Juni abgefackelt.

Keine Ruhe der Bundeswehr -

bei ihren Werbeveranstaltungen an den Schulen, Unis, Arbeitsagenturen

bei ihren Feiern, Gelöbnissen, "Gottesdiensten"

und auch nicht "zu Hause", es gibt kein ruhiges Hinterland!

Anmerkung: Alle Hamburger Bezirksamtsleiter haben angekündigt ihre Bezirklichen Ordnungsdiensttruppen im Schulterchluss mit dem Bezirk Altona gegen das Schanzenviertelfest am 4.9.2010 aufmarschieren zu lassen.

Dies wird das Fest nicht verhindern, es wird so oder so stattfinden.

Wir werden viele sein und zornig!
Rote Flora bleibt!



Dokumentation 4: Bullenwagen angefackelt

7. August 2010

„Aktionserklärung
Hannover ist Kriegsgebiet!
Während die Bullen rundherum das schwere Kriegsgerät bewachen, haben wir in der letzten Nacht mit handelsüblichen Hilfsmittelchen ein paar Bullenkarren am Raschplatz angefackelt. Wenn sie uns nicht demonstrieren lassen, wie wir möchten, müssen und werden wir andere Wege finden, unseren Widerstand zum Ausdruck zu bringen. Bundeswehr wegtreten! Polizeistaat einschmelzen! Für die soziale Revolution!“

Der Bullenticker dazu:

„Gestern gegen 02:10 Uhr (07.08. morgens) haben Unbekannte an der Rundestraße (Mitte) den rechten Vorderreifen eines Einsatzfahrzeugs der Bundespolizei in Brand gesetzt. In der vergangenen Nacht wurde das Gebäude der Polizeistation Hemmingen an der Göttinger Straße (Arnum) mit Farbe beschädigt.

Die Beamten konnten das Feuer, das sich auf den rechten Vorderreifen und Kotflügel des Mercedes Vito ausgebreitet hatte, schnell unter Kontrolle bringen. Das Einsatzfahrzeug war auf dem Parkplatz der Bundespolizei an der Rundestraße abgestellt gewesen. Ein Zeuge hatte die Polizei alarmiert, nachdem er in der vergangenen Nacht Farbschmierereien an der Polizeistation Hemmingen bemerkt hatte. Die Beamten stellten bräunliche Farbanhaftungen an der Eingangstür, mehreren Fenstern, der Außenfassade und dem Polizeischild neben der Tür fest. Die Ermittler schließen Zusammenhänge zu den Sachbeschädigungen am Gebäude der Polizeistation List vom 05.08.2010 und einer ähnlich gelagerten Tat auf das SPD-Parteibüro an der Limmerstraße vom 03.08.2010 nicht aus. Zu diesen Taten haben sich Gegner des „Sommerbiwak“ der Bundeswehr bekannt. Die Ermittlungen dauern an.“ (gekürzt)

Passt auf euch auf!

Die Bullen geben in einer weiteren Pressemitteilung vom 17. September an, die Auswertung von Aufnahmen einer Kamera hätte ergeben, dass zwei Personen „dringend Tatverdächtig“ seien.

Deshalb suchen sie nun, mit sehr unkonkreten Beschreibungen von Klamotten und einem Fahrrad, nach zwei Personen. Vielleicht solltet ihr mal darüber nachdenken, eure Klamotten und leider auch euer Fahrrad aus der Nacht zu entsorgen, falls das nicht schon geschehen ist.

Polizei verhindert Rave

Der Protest gegen das Sommerbiwak sollte bereits am Vortag beginnen. Mit einer Rave-Parade wollte das Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ am Stadtpark vorbei in die Innenstadt ziehen.

Diese Losung aus dem Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald gilt heute wie damals. Mit dem Rave sollte sowohl die am Samstag stattfindenden Proteste gegen das Sommerbiwak, als auch den Widerstand gegen den geplanten Nazi-aufmarsch in Bad Nenndorf am kommenden Wochenende unterstützt werden.

Der Rave konnte jedoch nicht stattfinden. Der Grund dafür war eine Demoaufgabe, die festlegte die Musikanlage auf eine bestimmte Lautstärke einzustellen und von einer Fachkraft der Stadt versiegeln zu lassen. Nicht nur das dieser Vorgang schlappe 500 € gekostet hätte – auch Nachfragen bei der Stadt Hannover ergaben, dass es schlicht unmöglich gewesen wäre einen TechnikerIn für diese Aufgabe innerhalb von nicht mal einer Woche zu finden.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der Polizei als Versammlungsbehörde dieser Umstand bekannt gewesen ist. Mit dieser Auflage wäre es der Polizei möglich jede Versammlung unter freiem Himmel faktisch zu verbieten. Die Erfahrung von der Parade steht nicht alleine, denn auch die OrganisatorInnen der Proteste gegen das Sommerbiwak haben restriktive Auflagen bekommen: Menschen, die zu dunkel gekleidet sind, dürfen nicht nebeneinander hergehen und Musik darf nur mit Pausen gespielt werden. Ähnliche Auflagen hat der DGB als Anmelder für eine Demo gegen Nazis in Bad Nenndorf bekommen.

Diese Beispiele sind ein Vorgeschmack auf das neue Versammlungsgesetz, das demnächst in Niedersachsen beschlossen werden soll. Es geht um Systemstabilisierung und Herrschaftssicherung!

gekürzt von www.antifa-hannover.de



Blutiger Empfang für Gäste des Sommerbiwaks

Den Kriegstreiber_innen einen blutigen Empfang...

... bereiteten am 07.08.2010 dreißig Antimilitarist_innen den Gästen des Sommerbiwaks der 1. Panzerdivision in Hannover.

Es ist 19:10h, der Soldat in der Paradeuniform, die Dame mit Hut und Galarobe, der Kapitalist im Abendanzug, die Stadtvertreterin im kleinen Schwarzen... Zusammen streben sie freudig dem Haupteingang des Hannover Congress Centrum entgegen. Eine Jazzkapelle trötet schwungvolle Willkommensmusik...

Doch kurz vor dem Eingang gerät der Strom der Gäste ins Stocken. Auf dem Boden liegen reglos 30 Frauen und Männer in Abendkleidern und Anzügen über und über mit Kunstblut verschmiert und blockieren den Zutritt. Daneben ein Transparent mit der Aufschrift: „Den Kriegstreiber_innen einen blutigen Empfang!“

Das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision - die Eingreiftruppe des deutschen Heeres - wird von Bundeswehr und Stadtpolitik als „schönstes Gartenfest Europas“ verharmlost. Jährlich versammeln sich hier ca. 6000 Vertreter_innen aus Militär, Wirtschaft und Politik um den gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr zu demonstrieren.

Doch wer (sich) hier feiert, ist bereit über Leichen zu gehen, denn Krieg ist ein blutiges Geschäft. Das bekamen die Gäste hautnah zu spüren als sie an den blutverschmierten Aktivist_innen vorbei mussten. Eine halbe Stunde war so der Eingang zum Sommerbiwak als „Kriegsgebiet“ markiert.

Nach ca. 10 Minuten begann der „Abtransport der Leichen“ durch die Polizei. Nach und nach wurden die Antimilitarist_innen einzeln zum Aufstehen aufgefordert, teilweise weggeschleift oder getragen. So konnte die Blockade insgesamt eine halbe Stunde aufrechterhalten werden. Nach einer Personalienfeststellung mit Fototermin und einem Platzverweis, konnten die „Blutigen 28“ ihrer Wege ziehen.

„Ihr die ihr Kriege führt und feiert für eure Sicherheit, seht euch sicher, ihr seit nicht sicher! Keine Gitter, keine Uniformen, kein Dresscode, keine Polizei, keine Feldjäger, kein Geld schützt euch wirklich...!“

Wo ihr auch auftaucht, macht euch klar, wir sind sicher auch schon da!“

5 Jahre Widerstand - Was nun?

In den letzten fünf Jahren hat sich in Hannover kontinuierlicher Widerstand gegen Militarisierung und Bundeswehr entwickelt. Die jährlichen Proteste gegen das Sommerbiwak sind der größte und wahrnehmbarste Teil davon. Wir werden an dieser Stelle nicht die ganze Entwicklung nachzeichnen, sondern versuchen, anhand der Proteste des letzten Jahres Stärken, an die angeknüpft werden könnte und Schwächen, an denen wir arbeiten müssen, aufzuzeigen.

Es ist in den letzten Jahren gelungen, das Biwak von einer Selbstverständlichkeit zu einem umstrittenen Thema in der Stadt zu machen. Aufgrund der Kontinuität antimilitaristischen Protestes und direkter Aktionen im Vorfeld gab es die letzten beiden Jahre großes mediales Interesse. Die Mischung aus Ächtung, direkter Störung und Aufbau eines Bedrohungsszenarios sorgte für den Verlust von ca. 1.000 Gästen in den letzten 2 Jahren.

Doch der positive Effekt der Kontinuität droht aus unserer Sicht zu kippen. Das größte Problem ist, dass die Bullen und die Biwakorganisatoren und Organisatorinnen mittlerweile wesentlich besser auf Proteste eingestellt sind. Dies und die offensichtlich auf Friede, Freude, Eierkuchen eingeschworene Presse machen die Organisation realer Störung und die Aufrechterhaltung eines Bedrohungsszenarios zunehmend schwierig. Im Gegensatz zu den ersten Jahren kommen nur noch ein paar Handvoll Biwakgäste direkt an der Kundgebung vorbei. Die beiden kleineren Demos und vor allem das Die-In vor dem Eingang waren zwar Schritte in die richtige Richtung. Sie reichen aber nicht aus. Wenn wir das Ziel, das Biwak langfristig zu verhindern, beibehalten wollen, müssen wir mehr direkte Eingriffe in den Ablauf organisieren. Auch wenn dies wahrscheinlich nicht durch bzw. von den Demos aus erreichbar ist, müssen wir dringend diskutieren, wie wir offensiver mit beschissenen Demoaufgaben umgehen können. Die Demos sind unser Meinung nach lediglich gut, um zu zeigen, dass wir relativ viele sind und um nicht organisierten Leuten einen Anschluss zu ermöglichen. Aber zur Störung des Biwaks taugen sie mittlerweile nicht mehr all zu viel. Trotzdem müssen wir, gerade wenn nächstes Jahr das neue Versammlungsgesetz in Kraft getreten ist, überlegen wie wir die Demos gestalten. Denn einerseits laufen wir durch die Ritualisierung und der damit

einhergehenden Einschränkung Gefahr, dass weniger Leute es attraktiv finden an den Protesten teilzunehmen. Andererseits gab es dieses Jahr ziemlich viele Lücken in dem Sicherheitskonzept der



Bullen. Nur wurden diese leider zu wenig genutzt. So wäre z.B. spätestens nach dem Chaos rund um das Die-In ein Durchbruch zum Eingang möglich gewesen. Auch an anderen Stellen war oft viel möglich. Dies wurde aber nur zeitweise ausgenutzt. Als positives Beispiel für das Ausreizen unseres Handlungsspielraums ist das Bewerfen von Gästen bei der sog. Hindenburgdemo zu nennen. Davon hätten wir gerne noch mehr gehabt.

Die Presseberichterstattung zum Biwak zeigt außerdem, dass nicht nur zum Organisieren von Störaktionen, sondern auch zum Aufrechterhalten eines Bedrohungsszenarios mehr nötig ist als dieses Jahr. War die Berichterstattung 2009 noch davon geprägt, dass die Bullen selbst versuchten, den Widerstand als gefährlich zu kennzeichnen (Schlagzeilen wie Farbanschlag auf Festgäste), haben sie nun grundsätzlich ihre Strategie gewechselt. Um behaupten zu können alles sei ruhig und friedlich gewesen, wurde sogar auf Festnahmen verzichtet. Während Antimilitarist_innen sonst oft stundenlang wegen kleiner Aktionen eingesperrt wurden, ließen die Bullen dieses Jahr ca. 40 Leute, die in den Jahren vorher verhaftet worden wären, nach einer Personalienkontrolle gehen. Die Antimilitarist_innen, die 2009 innerhalb des Biwaks ein Transparent gezeigt hatten, wurden bis tief in die Nacht festgehalten. Die Antimilitaristin, der dieses Jahr der Wurf einer Rauchbombe vor die Rednerbühne vorgeworfen wird, wurde sofort freigelassen. Es ist absurd, was die lokale Presse nach dem Biwak so schreibt. Während vorher ein bisschen Farbe an einer Bullenwache für die Titelseite und mittelschwerer Hysterie reichten, hieß es im Nachhinein alles wäre friedlich und unter Kontrolle gewesen - Blockade des Eingangs, Rauchbombe vor der Bühne, angezündetes Polizeiauto, eine weitere farbige Wache u.a. wurden nur am Rande erwähnt oder klein geschrieben. Der Wille, nicht mehr zur Erzeugung eines Bedrohungsszenarios und damit eines weiten Verlustes von Gästen beizutragen, ist offensichtlich groß.

Wir denken aber, mit besseren Strukturen und mehr Leuten ließen sich nicht nur die Störfähigkeit und das Bedrohungsszenario aufrechterhalten, sondern die Durchführbarkeit des Biwaks in Frage stellen. Das Biwak ist nicht so etwas wie ein Kongress, den die Bullen im Zweifel mit Sicherheitszonen abschirmen können. Der Festcharakter des Biwaks ist ein entscheidender Punkt, wenn alle Gäste durch zig Sicherheitsschleusen müssten, wäre die Feststimmung dahin. Deshalb ist das Biwak ein Ereignis bei dem ein erfolgreiches Verhindern oder zumindest so massive Störungen möglich sind, dass der Festcharakter nicht aufrecht zu erhalten ist.

Wir denken, dass es ein begrenztes Zeitfenster gibt dies umzusetzen. Denn wir befürchten, dass der Protest zum Ritual verkommen und zunehmend an Attraktivität verlieren wird, wenn es nicht mehr als die kleinen Schrittschritte der vergangenen Jahre, nach vorne geht. Gerade weil das Biwak nicht die politische Bedeutung hat, wie z.B. der Celler Dialog sie gehabt hätte, wollen wir noch einige weitere Überlegungen ausführen, damit in den nächsten Wochen und Monaten Hannoveraner und bundesweite Bezüge diskutieren können, ob sie sich vorstellen können an einem solchen Projekt mitzuwirken.

Wie könnte es weiter gehen?

Antimilitarismus entwickelt sich zunehmend zu einem der wichtigsten Themenbereiche der radikalen Linken. So sehr es erfreulich ist, dass es bundesweit sehr viele kleinere und größere antimilitaristische Aktionen und Initiativen gibt - wir denken, dass es mehr gemeinsame Erfahrungen und dynamischere Mobilisierungen braucht, um dieser Entwicklung einen Schub zu geben und um aus ihr eine politische Bewegung zu machen. Der Kampf gegen die kriegerischen Verhältnisse sollte sowohl den materiellen Eingriff in das Funktionieren einer militarisierten Innen- und Außenpolitik umfassen, als auch die Zersetzung ihrer ideologischen Grundlagen.

Unserer Meinung nach könnte eine Mobilisierung gegen das Sommerbiwak beiden Aspekten gerecht werden. Dann zumindest gewönne sie eine Stärke, die über den lokalen Rahmen hinaus weisen könnte. Solche gemeinsamen Erfahrungen der Stärke brauchen wir, damit etwas in Bewegung kommt. Viele erfolgreiche Kleingruppenaktionen ersetzen nicht die Dynamiken, die überregionale Mobilisierungen auslösen können, weil sie selten das politische Potential besitzen, tatsächlich zusammenführende, für Viele erlebbare Momente zu schaffen. Wir würden gerne ausprobieren, welches Mobilisierungspotential und welche politische Wirkmächtigkeit die antimilitaristischen Zusammenhänge gemeinsam entwickeln können. Noch können wir nicht wirklich einschätzen, welche Rolle der Widerstand gegen das Sommerbiwak dabei spielen kann. Doch wir denken, dass nach dem Ende der Gelöbnix-Protteste in Berlin und dem Abflauen der Anti-SIKO-Aktivitäten in München eine Chance besteht, in Hannover einen vorübergehenden Kristallisationspunkt antimilitaristischen Widerstandes zu etablieren. Sicher hat das Sommerfest der 1. Panzerdivision (die es so vielleicht in Zukunft gar nicht mehr geben wird) nur eine lokale Bedeutung; dessen politische Bedeutung zudem nicht z.B. mit der SIKO vergleichbar ist.

Dafür bieten sich praktische Möglichkeiten der Verhinderung (z.B. wenn der Festcharakter nicht mehr aufrecht zu halten ist). Außerdem könnte es über die Thematisierung der Rolle der 1. Panzerdivision und der wachsenden Bedeutung der militärischen Absicherung der kapitalistischen Ökonomie gelingen, dieses provinzielle High-Society Ereignis exemplarisch, als Knotenpunkt von Militarismus und Kapitalfraktion, zum Thema zu machen. Nach dem Motto: hier feiern die Gewinner_innen des deutschen Militarismus. Wir sollten herauskriegen, ob eine bundesweite Mobilisierung gegen das Sommerbiwak gelingen kann.

Natürlich gilt es nicht nur das politische Potential dieses Ansatzes zu erkunden. Wird die hannoversche Linke auch praktisch in der Lage sein, so etwas zu wuppen? Welchen konkreten Schwierigkeiten werden wir uns 2011 gegenübersehen? Schließlich wird das neue Niedersächsische Versammlungsgesetz dann bereits in Kraft sein. Damit werden wir einen sehr präzisen, pragmatischen und offensiven Umgang finden müssen. Lässt vielleicht die mögliche Entwicklung der politischen Weltlage das Sommerbiwak irrelevant werden (z.B. Angriff auf den Iran)? Gibt es 1. PD nächstes Jahr überhaupt noch?

Wir können das alles jetzt noch nicht beantworten. Wir wünschen uns aber, dass in den nächsten Wochen und Monaten über die Möglichkeit einer bundesweiten Mobilisierung gegen das Sommerbiwak 2011 sowohl in Hannover, als auch in den überregionalen Bezügen diskutiert wird. Auf die Plätze, fertig, los!

Eine autonome Gruppe



Brandanschlag auf Rosenpavillon – Zeugenvorladungen 15. Juli 2010

„Zahlreiche Antimilitarist_innen aus Hannover haben letzte Woche polizeiliche Zeugenvorladungen erhalten. Wir weisen diesen Kriminalisierungsversuch des Staatsschutzes entschlossen zurück. Den Vorgeladenen gemein ist die Teilnahme an antimilitaristischen Demonstrationen und Protesten der letzten Jahre. Wer sich öffentlich gegen die Bundeswehr und Krieg engagiert, wird in die Nähe von Brandanschlägen gestellt. So sollen Aktivist_innen, die an Protesten teilnehmen, eingeschüchtert werden.“

Diese Taktik wird nicht aufgehen – Keiner der Vorgeladenen wird zu Vernehmungen zur „Sachbeschädigung durch Feuer“ erscheinen. Darüber hinaus rufen wir weiterhin dazu auf, aktiv Widerstand zu leisten gegen Krieg, Militär und das Sommerbiwak.

Wir rufen alle, die Zeugenvorladungen bekommen haben und bisher keinen Kontakt zu uns hatten, auf sich zu melden: zeugen-rosenpavillon@web.de

Ansonsten gilt wie immer keine Spekulationen, wer wieso vorgeladen wurde oder auch nicht und wer mit dem Brand etwas zu tun haben könnte. Dies nutzt nur den Bullen.

Für die Vorgeladenen ist klar, dass Aussageverweigerung Selbstschutz und Solidarität bedeutet! Gegen Krieg und Repression – 07.08. Sommerbiwak vermiesen! **Solidaritätskreis gegen die Kriminalisierung des Biwak-Widerstands**“

Gelöbnis in Bordenau abgesagt!

Wie der Leine Zeitung vom 18.08.2010 zu entnehmen ist, hat das Verteidigungsministerium das für den 12. November geplante Gelöbnis in Bordenau bei Hannover abgesagt. Das Gelöbnis wäre mit 950 Rekruten und bis zu 5000 Besucher_innen eines der größten Militärspektakel der BRD geworden.



Die offizielle Begründung für die Absage durch Kriegsminister Guttenberg: „Wir wollen das Gelöbnis in einem würdigen Rahmen abhalten, das geht nicht bei Enge.“

Bundeswehr und Presse verschweigen dabei zwar die angemeldeten Kundgebungen, doch die Formulierungen „würdigen Rahmen“ und „Enge“ legen nahe, dass massive Störungen befürchtet wurden. Denn bereits 2005 war es nicht gelungen ein Gelöbnis in dem kleinen Dorf effektiv abzuschirmen. Damals hatten ca. 250 Antimilitarist_innen die Rede des Verteidigungsministers mit Hilfe eines Lautsprecherwagens und Gasfanfaren übertönt. Das Bild zu diesem Artikel stammt aus der Bild von 2005.

Außerdem hatte die lokale Presse schon vor einigen Monaten berichtet, die Bundeswehr mache sich Sorgen wegen einer „angemeldeten Versammlung Linksautonomer“

Wieder einmal zeigt sich die Bundeswehr schreckt vor Protest zurück.

Auch wenn angekündigt wird nach einem Ersatzort zu suchen, ist die Absage ein deutlicher Erfolg der